

„Unser tägliches Brot gib’ uns heute.“

**Rede des Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble vor der
Vollversammlung des LWB**

Stuttgart, 20. Juli 2010

- (1) Es freut mich sehr, vor der 11. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes zu sprechen. Ich spreche heute hier im Namen der deutschen Bundesregierung und im Besonderen unserer Kanzlerin, Dr. Angela Merkel, die ihrer Versammlung die besten Grüße sendet.
- (2) Deutschland ist ein Land mit verschiedenen religiösen Traditionen, aber das Erbe Martin Luthers und der Reformation nehmen einen besonderen Platz ein. Auch die, die nicht selbst zu einer lutherischen Kirche gehören wissen von dem großen Einfluss der lutherischen Tradition auf unsere Kultur, auf die deutsche Sprache, auf unsere Literatur und Musik. Ohne diese Tradition wären wir nicht, was wir heute sind; ihre Spuren sind in Gebäuden ebenso zu erkennen wie in der Dichtung, in Kunst und Philosophie.
- (3) Natürlich waren nicht alle diese Einflüsse nur positiver Art. Viele Jahrhunderte lang waren die lutherischen Kirchen mit dem politischen System in vielen der deutschen Staaten eng verbunden. Und während es viele Beispiele dafür gibt, dass sie ihre kritische Stimme für die Anliegen von Gerechtigkeit und Frieden erhoben haben, ist doch mit Recht die Beobachtung gemacht worden, dass die lutherische Tradition in Deutschland dazu tendiert hat, Menschen eher zu gehorsamen Untertanen denn zu aktiven Bürgern zu formen. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass die Demokratie zuerst in den calvinistisch geprägten Ländern Wurzeln schlug – in den Niederlanden, in England, in den Vereinigten Staaten. Die Deutschen musste in einer schmerzhaften Geschichte erst lernen, dass alle Bürger eine gemeinsame Verantwortung für das politische Gemeinwesen tragen. Die Mehrzahl der evangelischen Deutschen brauchte lange um zu begreifen, dass gerade auch ihr Glaube sie dazu anhielt.
- (4) Für die Mehrheit erschloss sich diese Einsicht erst nach dem 2. Weltkrieg. Jedoch gab es Beispiele, an denen sie sich orientieren konnten. Heute ist der 20. Juli. An diesem Tag im Jahr 1944 unternahm eine Gruppe tapferer Männer, in ihrer Mehrzahl Offiziere und hohe Beamte, einen verzweifelten Versuch dem Wahnsinn der Naziherrschaft und dem Krieg durch ein Attentat auf Adolf Hitler ein Ende zu machen. Die Mitglieder der Gruppe waren sehr unterschiedlich, für viele von ihnen jedoch war dieses Handeln eine christliche Gewissenspflicht. Sie hatten begriffen, dass in einer so extremen Situation die normale bürgerliche Pflicht zur Loyalität gegenüber der Regierung suspendiert werden musste im Interesse einer Beseitigung der Terrorherrschaft. Dietrich Bonhoeffer war auch Mitglied dieser Widerstandsgruppe. Wir wissen, dass er mit sich gerungen hat, bevor er sich dieser Sache anschloss; heute jedoch sehen wir, auch wenn der Anschlag fehlschlug und die meisten der Verschwörer ihr Leben verloren, in ihrem Handeln ein wichtiges Zeugnis für die Notwendigkeit den eigenen christlichen Glauben in aktives politisches Handeln zu übertragen.

-
- (5) Heute sind Staat und Kirche in Deutschland nicht mehr in der Form verbunden, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Sie sind unabhängig voneinander, und das müssen sie auch sein. Ansonsten ist das Ergebnis sowohl schlechte Religion als auch schlechte Politik. Jedoch sind sie nicht vollkommen voneinander getrennt. Für mich als Politiker, der selbst auch evangelischer Christ ist, ist es klar und sehr wichtig, dass Glaube und Politik niemals zwei vollkommen verschiedene Dinge sind oder sein könnten. Politik wird von Menschen für Menschen gemacht, und diese Menschen existieren nicht in einem Vakuum. Religion ist eine der wichtigsten Mächte, die das Leben von Individuen und von Gemeinschaften bestimmen. Politik, auch die in einer säkularen Demokratie, muss diese Realität zur Kenntnis nehmen. Eine der wichtigsten Herausforderungen für moderne demokratische Länder besteht daher darin, aus dem Glauben stammende Einsichten und durch den Glauben freigesetzte Handlungsimpulse in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Es besteht aus meiner Sicht kein Zweifel, dass die politische Kultur meines eigenen Landes um vieles ärmer wäre ohne den Beitrag, den religiöse Individuen und religiöse Gemeinschaften auf verschiedenen Ebenen leisten. Kirchen spielen eine große Rolle in der Sozialarbeit, im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich, aber die beteiligen sich auch aktiv an praktischen allen wichtigen politischen Diskussionen. Demokratien leben von der Partizipation der Bürger am politischen Prozess, und es freut mich sagen zu können, dass die Kirchen in Deutschland in diesem Sinn zum Leben unserer Demokratie beitragen.
- (6) Gleichzeitig müssen wir uns alle immer wieder klarmachen, dass in unseren zunehmend pluralen Gesellschaften jeder Beitrag und jede Einsicht, wie wichtig auch immer sie uns selbst erscheint, unvermeidlich eine von vielen ist. Sie wird nicht von allen geteilt, und sie wird deshalb umstritten sein. Politiker müssen deshalb bereit sein zuzuhören; es muss in unseren demokratischen Institutionen Gelegenheit für alle Diskussionsteilnehmer geben sich zu artikulieren, und ihre Meinungen müssen respektiert und ernst genommen werden, aber jeder Einzelne und jede Gruppe muss auch verstehen, dass das Ergebnis des politischen Prozesses oft nicht exakt dem entsprechen wird, was sie selbst zu erreichen gehofft hatten. Viele evangelische Christen haben heute einen ausgeprägten Sinn für die politische Dimension ihres Glaubens. Das ist gut und hilfreich, sofern es sie zu aktiver und leidenschaftlicher Teilnahme am politischen Prozess motiviert. Gelegentlich möchte ich jedoch mahnen, dass auch andere Positionen als Ausdruck wahren Bemühens um das Gemeinwohl respektiert werden müssen. Oft genug lässt sich ja selbst aus derselben religiösen Perspektive mehr als eine politische Option begründen.
- (7) Was sind nun die Ressourcen, die der religiöse Glaube zur demokratischen Politik beitragen kann? Aus meiner Sicht ist eines der zentralen Elemente der Glaube an Gott. In diesem Glauben liegt die Forderung eingeschlossen, uns in unseren Handlungen verantwortlich zu wissen. Als Politiker muss ich Entscheidungen treffen, die oftmals viele Menschen betreffen und deren volle Auswirkung im Voraus nicht genau absehbar ist. Da ist es wichtig, Orientierung zu besitzen, eine feste Grundlage, auf der solche Entscheidungen beruhen. Der Glaube an Gott bedeutet, dass es eine letzte Autorität gibt, der gegenüber wir für alles was wir tun, letztlich für unser Leben als ganzes, verantwortlich sind. Es gibt etwas, was größer ist als wir selbst; was immer wir erreichen oder nicht erreichen – es muss sich in Bezug auf diese letztgültige Autorität rechtfertigen lassen. Für die Politik ist das eine wichtige Einsicht. Wir dürfen nicht alles tun, was wir theoretisch tun könnten. Wir brauchen Grenzen. Wir brauchen

ein Bewusstsein für Regeln, Normen und Werte, die wir deshalb respektieren müssen, weil wir sie nicht selbst gemacht oder eingeführt haben. In dieser Hinsicht und aus diesem Grund bezieht sich auch die Präambel des deutschen Grundgesetzes auf die Verantwortung vor Gott als Voraussetzung der dann folgenden Grundrechte, die staatliche Autorität begrenzen und einschränken.

- (8) Gleichzeitig ist wichtig, dass im Christentum der Glaube an Gott niemals losgelöst sein kann von dem Respekt und von der Liebe für den Mitmenschen. Nach der Bibel wurde der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen. Das Gebot Gott zu lieben und das Gebot der Nächstenliebe sind direkt aufeinander bezogen: Man kann das eine nicht ohne das andere befolgen. Diese religiöse Einsicht hat in der Neuzeit zur Entstehung des Konzepts der Menschenrechte geführt. In diesem Geist fordert das Grundgesetz, die deutsche Verfassung, in seinem ersten und fundamentalen Artikel die Unverletzbarkeit der Menschenwürde. Das bedeutet, dass es Dinge gibt, die wir niemals tun oder tolerieren dürfen, wie attraktiv auch immer der durch sie bewirkte politische Vorteil sein mag. Ein Beispiel ist der Gebrauch der Folter. Ich habe nie verstehen können, wie es in den vergangenen Jahren zu einer ernsthaften Diskussion über dieses Prinzip kommen konnte. In Hinsicht auf diesen Grundsatz kann es aus meiner Sicht keine Kompromisse geben.
- (9) Beides gehört also zusammen: der Glaube an Gott mahnt uns Grenzen für unser Handeln zu akzeptieren; er erinnert uns daran, dass, wie berühmt oder bedeutend auch immer wir sein mögen, es immer noch jemanden über uns gibt. Die Grenzen, die dieses Bewusstsein unseren Handlungen auferlegt, müssen im Hinblick auf Leben und Wohlfahrt der Menschen in der ganzen Welt gezogen werden. Ein Gebiet, in dem diese Notwendigkeit heute besonders deutlich wird, ist das Gebiet der Wirtschaft, der Bereich des Marktes. Die Finanzkrise der vergangenen Jahre hat wieder einmal die Folgen unbegrenzter menschlicher Gier nach Reichtum und Macht vor Augen geführt. Wir hätten das auch davor schon wissen können. Der christliche Glaube lehrt uns, dass Menschen zwiespältige Wesen sind. Was wir wollen und begehren ist nicht unbedingt das, was für alle – uns selbst eingeschlossen – gut ist. Was wir haben, scheint uns nie genug zu sein. Menschen mit einem guten Einkommen meinen, sie bräuchten ein noch höheres Einkommen. Gibt es eine Grenze? Ich meine, dass wir inzwischen alle verstanden haben, dass es in der Tat keine „natürliche Grenze“ gibt. Es gibt keinen Punkt, an dem jeder einfach sagt: Jetzt habe ich genug.
- (10) Die Folgen sind schwerwiegend. Einige Menschen werden immer reicher, während es viele andere gibt, die kaum genug zum Überleben haben. Einige Länder können sich Diskussionen über Probleme leisten, die anderswo als reiner Luxus erscheinen würden. Unser Wunsch nach immer mehr Reichtum hat global, aber auch innerhalb der einzelnen Länder, zu massiven wirtschaftlichen Ungleichgewichten geführt. Dieser Prozess hat aber auch unsere natürlichen Ressourcen erschöpft, und uns allen stehen die schwerwiegenden ökologischen Folgen dieser Entwicklung vor Augen. Sie müssen von allen getragen werden und wie so oft fällt die schwerste Bürde auf die Schultern derer, die sie am wenigsten tragen können.
- (11) In dieser Situation ist das Thema ihrer Vollversammlung treffend. Die vierte Bitte des Vaterunsers, mit der wir Gott um „unser tägliches Brot“ bitten, erinnert uns an elementare menschliche Bedürfnisse. Wir alle brauchen etwas zu essen. Wir können als Menschen nicht

ohne essen leben. Mangel an Ernährung, Mangel an Nahrung – das ist nicht einfach ein physisches Problem. Es ist entmenschlichend; es verletzt die menschliche Würde. Deshalb sind internationale Anstrengungen Hunger und Unterernährung weltweit zu überwinden so wichtig. Hunger und Unterernährung stellen einen fundamentalen Angriff auf den Wert der menschlichen Person dar. Sie berauben Menschen ihres Menschseins. Aus diesem Grund dürfen wir niemals eine Welt akzeptieren, in der Hunger immer noch eine Realität für zu viele Menschen darstellt.

- (12) So wichtig es jedoch auch ist, das Essen ist nur der Anfang. „Unser tägliches Brot gib’ uns heute“ – wenn wir das sagen, erkennen wir gleichzeitig die Notwendigkeit menschlicher Grundbedürfnisse in einem weiteren Sinn an: Speise, Wasser, Wohnung, Kleidung, medizinische Betreuung. All das ist immer noch sehr wenig am Maßstab dessen, was jeder in diesem und in vielen anderen Ländern erwartet; doch genau daran mangelt es zu vielen Menschen anderswo immer noch. Wiederum müssen wir sagen, dass dieser Mangel an den elementaren Grundlagen menschlicher Existenz deshalb so verabscheuungswürdig ist, weil er den betroffenen Menschen etwas vorenthält, was für ihr Menschsein wesentlich ist. Wir können nicht sein was wir sind, nämlich Menschen, wenn uns die Befriedigung dieser elementaren Bedürfnisse vorenthalten wird. Indem wir diese Wahrheit anerkennen, indem wir diese Bitte des Vaterunsers sprechen, akzeptieren wir, dass das Engagement für eine Welt, in der elementare menschliche Bedürfnisse für alle Menschen gewährleistet sind, mehr ist als eine Sache politischer Opportunität. Es besteht hier eine moralische Forderung, die wir nicht ignorieren dürfen, wenn wir die Menschenwürde als Grundlage gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens respektieren.
- (13) Was bedeutet das für die gegenwärtige internationale Ordnung? Wir können uns nicht vor der Tatsache verstecken, dass wir in einer Welt leben, die manche Menschen immer reicher macht, während sie vielen anderen die Möglichkeit würdevollen Lebens vorenthält. Wir können uns nicht vor der Tatsache verstecken, dass dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur ein Problem einzelner Individuen und ihrer persönlichen Gier ist, sondern dass es komplexe Wirtschafts- und Finanzsysteme sind, die solches Verhalten ermöglichen und fördern. Wir müssen deshalb auf eine Reform dieser Systeme hinarbeiten, so dass demokratisch gewählte Regierungen die Möglichkeit haben im Interesse der Menschen sicherzustellen, dass der wirtschaftliche Bereich nicht vollkommen losgelöst ist von ethischen und politischen Rücksichtnahmen.
- (14) Wir wissen natürlich alle, dass solch eine Reform nicht einfach zu bewerkstelligen ist. Die globalisierte Wirtschaft ist eine Realität, ob es uns gefällt oder nicht. Sie hat ihre Gefahren und Nachteile; sie perpetuiert und verschärft Ungerechtigkeit und Armut. Gleichzeitig jedoch bietet sie vielen Menschen in der ganzen Welt Beschäftigung. Einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft kann niemand wollen – die jüngste Krise hat wieder einmal gezeigt, wie gerade die Armen am meisten davon betroffen sind. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass die globale Wirtschaft besser funktioniert; aber sie kann nur dann besser funktionieren, wenn sie überhaupt funktioniert. Deshalb gibt es, wenn wir auf eine elementare humane Existenz für alle hinarbeiten wollen, keine Alternative zur Arbeit durch die internationalen Institutionen, die wir haben, also den IWF, die Weltbank, die EU und die Vereinten Nationen. Das bedeutet, dass Lösungen manchmal zu sehr einen Kompromisscharakter tragen, aber das ist

nun einmal die unvermeidliche Politik der kleinen Schritte.

- (15) Die Bitte an Gott um das tägliche Brot sagt jedoch nicht nur etwas über die Bedeutung elementarer menschlicher Bedürfnisse aus. Sie erinnert uns auch daran, dass es in gewisser Weise gar nicht so viel ist, was wir brauchen. In den reicheren Teilen der Welt ist es zur Gewohnheit geworden, von beinahe unbegrenzt vielen „Bedürfnissen“ zu sprechen; die Menge dessen, was wir unbedingt zu brauchen meinen, scheint manchmal fast unbegrenzt. Im Vaterunser bitten wir Gott darum, das zu geben, was wir wirklich brauchen. Diese Bitte kontrastiert mit unseren oft übermäßigen Forderungen danach, dass jeder denkbare Wunsch, den wir haben könnten, erfüllt werden soll. Unser Wirtschaftssystem ist an beiden Enden fehlerhaft: Es enthält zu vielen Menschen das vor, was sie wirklich brauchen und gleichzeitig nährt es ein unbegrenztes und ungebremstes Begehren, das auch angesichts von Reichtum und Überfluss noch anhält. So sehr wir uns für die Beseitigung des Hungers überall in der Welt einsetzen müssen, so sehr sollten wir uns in unseren eigenen westlichen Ländern für eine Begrenzung des Wirtschaftswachstums einsetzen. Die Tatsache, dass unsere Wachstumsraten nicht mehr mit denen von Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien mithalten, bedeutet nicht, dass wir erfolglos sind. Vielmehr bedeutet es, dass wir bereits einen erheblichen Wohlstand für einen großen Teil der Bevölkerung erwirtschaftet haben. Das sollten wir akzeptieren. Es gibt viele andere Bereiche in unseren Gesellschaften, die wir verbessern können und sollen. Und es ist natürlich auch wahr, dass auch in westlichen Ländern nicht jeder immer gerecht behandelt wird. Dennoch sind unsere Gesellschaften und unsere Volkswirtschaften insgesamt gesund. Sie haben ein gewisses Maß an Sättigung erreicht, und ich meine, wir sollten anerkennen, dass in dieser Situation unsere Ziele und Aufgaben anderswo liegen.
- (16) In diesem Sinn können wir den Sinn der vierten Bitte des Vaterunsers als einen Ruf verstehen Grenzen des Wachstums, Grenzen des Ansammelns von Wohlstand zu akzeptieren. Das ist etwas, was wir nicht gern tun; wir Menschen haben eher die Neigung Grenzen zu überschreiten. Dennoch brauchen wir sie. Das trifft auf unseren Hunger nach politischer Macht ebenso zu wie auf unseren Wunsch reich zu werden. Es gibt ein zu wenig, aber es gibt auch ein zu viel, und zwar sowohl auf der individuellen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Wenn wir um „unser tägliches Brot“ bitten, erkennen wir an, dass unsere Bedürfnisse begrenzt sind und dass unser intuitiver Reflex, der uns – was immer wir haben – nach mehr verlangen lässt, zutiefst problematisch ist – für uns selbst ebenso wie für unsere Welt.
- (17) Erlauben sie mir eine weitere Beobachtung zum Thema ihrer Vollversammlung anzuführen. Indem wir Gott um „unser tägliches Brot“ bitten, erkennen wir an, dass wir auch heute noch fundamental auf Gott angewiesen sind. Die Dinge, auf denen unser Leben im Tiefsten beruht, können wir nicht selbst machen und uns verschaffen. *Er* gibt uns unser tägliches Brot. Wir neigen dazu, das zu vergessen. Unsere Technologien sind so weit fortgeschritten, unsere Möglichkeiten sind um so vieles größer als zu irgendeinem früheren Punkt in der menschlichen Geschichte, dass wir uns selbst davon überzeugen, dass unser Leben und die Welt, in der wir leben, vollständig unter unserer Kontrolle stehen. Aber das ist doch nur bis zu einem bestimmten Punkt richtig. Wir können den Boden in einer Weise bestellen und fruchtbar machen, die noch vor wenigen Jahrzehnten unmöglich geschienen hätte. Wir können viele Krankheiten behandeln, die bis vor kurzem tödlich gewesen wären. Moderne

Kommunikations- und Verkehrsmittel erlauben es Menschen in der ganzen Welt übereinander und über ihre Situation Bescheid zu wissen, was die gegenseitige Hilfe erheblich erleichtert. All das ist wahr und auch wichtig. Durch die Fortschritte der modernen Technik hat sich das Leben vieler Menschen in allen Teilen der Welt radikal gewandelt und in vieler Hinsicht verbessert.

- (18) Andererseits merken wir, dass viele neue Verantwortlichkeiten aus diesen Fortschritten resultieren. Wenn irgendwo auf der Welt ein Unglück sich ereignet, dann fragen wir jetzt immer auch uns selbst, was wir hätten tun können oder sollen um es zu vermeiden oder zumindest, was wir tun müssen um seine Folgen einzudämmen. Es ist in unserer globalisierten Welt eigentlich unmöglich geworden gemütlich zu Hause zu sitzen und sich an der Ruhe eines friedlichen Landes zu erfreuen und so zu tun, als beträfen die Probleme anderswo uns überhaupt nicht. Sie betreffen uns – zum Teil weil wir unmittelbar von ihnen erfahren (oder zumindest sollten wir unmittelbar von ihnen erfahren!), zum Teil, weil wir der Ansicht sind, wir hätten die Möglichkeiten und die Fähigkeiten Probleme überall auf der Welt anzupacken und zu lösen. „Kein Mensch ist eine Insel“ – diese Worte John Donnes sind für uns heute zur Wirklichkeit geworden.
- (19) Wir haben also Grund auf die vielen neuen Möglichkeiten, die durch moderne Technik geschaffen wurden, stolz zu sein, und wir haben Grund uns die dadurch gestiegene Last der Verantwortung vor Augen zu führen, der wir uns nicht entziehen können. Dennoch sollte all dies uns nicht dazu verführen zu glauben wir wären zunehmend allmächtig. Das, was wir erreichen können, hat Grenzen, und es ist wichtig für uns, dass wir an diese Grenzen erinnert werden. Wir keine volle Kontrolle über unsere Welt, und wir werden diese auch nie haben. Trotz all unserer Möglichkeiten, trotz all unserer Innovationen müssen wir immer noch die Tatsache respektieren, dass einige der wichtigsten und grundlegendsten Dinge in unserem Leben von uns nur empfangen werden. Natürlich ist es so, dass die genaue Menge dessen, was vorgegeben ist und dessen, was wir beeinflussen und kontrollieren können, sich gewandelt hat und sich weiterhin wandeln wird. Ich will mich keinesfalls gegen weiteren Fortschritt in Wissenschaft und Technik aussprechen. Dennoch bin ich fest überzeugt, dass die fundamentale Wahrheit, die in der Bitte „Unser tägliches Brot gib’ uns heute“ ausgedrückt ist – nämlich dass es Gott ist, den wir um diese Gabe bitten – davon unberührt bleiben wird. Sie drückt eine grundlegende Einsicht über uns selbst aus, die wir alle – Politiker und Bürger, Christen und Nichtchristen – bedenken sollen. Wer auch immer wir sind, wie auch immer erfolgreich wir sind, wir sind Wesen mit Grenzen, und wir müssen das anerkennen – in unserem eigenen Interesse und im Interesse der Welt als ganzer.
- (20) Das Thema der diesjährigen Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes steht so im Zusammenhang mit vielen dringenden Problemen, denen ein Politiker in der heutigen Welt gegenübersteht. Diese Probleme müssen von unseren Gesellschaften als Ganzen angegangen werden. Sofern diese Gesellschaften aus Menschen mit einer Vielzahl verschiedener religiöser Überzeugungen bestehen – sowie auch aus vielen Menschen ohne religiösen Glauben – ist es bedeutsam, dass wir eine gemeinsame Grundlage finden, auf der wir alle diejenigen zusammenbringen können, die zur Lösung der brennendsten Probleme der Menschheit beitragen können. Ein Politiker, der sich bestimmter religiöser Ideen oder einer bestimmten religiösen Sprache bedient, gerät daher in Gefahr, Teile der Gesellschaft

auszuschließen. Ich glaube allerdings nicht, dass das in diesem speziellen Fall ein Problem darstellt. Die Vorstellung, dass wir alle Gott gegenüber verantwortlich sind, vereint viele Religionen und Bekenntnisse. Ich bin sogar davon überzeugt, dass sie auch vielen Atheisten vermittelt werden kann, denn diese beziehen sich oft in ähnlicher Weise auf Ideen wie das Gewissen oder das Sittengesetz. Insgesamt hat die Geschichte der vergangenen 60 Jahre gezeigt, wie der zutiefst humane Gedanke von Würde und von Rechten, die allen Menschen zukommen, Unterschiede zwischen Menschen verschiedener Religionen und Traditionen überbrücken kann.

- (21) Es besteht daher Hoffnung, dass selbst in unseren pluralen Gesellschaften ein Konsens erreicht werden kann, der religiöse und kulturelle Differenzen überwindet. Fortschritt in dieser Hinsicht ist jedoch nur dann möglich, wenn einzelne Gläubige und religiöse Gemeinschaften sich darum bemühen an den öffentlichen Debatten teilzunehmen. Die Demokratie lebt, wie ich schon gesagt habe, von der Partizipation der Bürger. Sie braucht deshalb die kritische Beteiligung nicht nur, aber eben doch insbesondere von Menschen, die durch ihren religiösen Glauben motiviert sind, für eine Welt zu arbeiten, in der menschliche Bedürfnisse weltweit Ernst genommen werden. I möchte schließen, indem ich meine Hoffnung ausdrücke, dass die lutherischen Kirchen und Christen diese Art des Beitrags auch weiterhin im Geist konstruktiver und respektvoller Zusammenarbeit mit den vielen anderen Gliedern der heutigen Zivilgesellschaft leisten werden.